

Bürgerinitiative für sozial gerechte
Abwasserabgaben im ZAW e.V.

Internetzeitung www.weissenfelder-seiten.de
Herr Arps

Offener Brief der BI

09.01.2013

Sehr geehrter Herr Arps,

wie in unserem Redebeitrag bei der Montagsdemo am 07. 01. 2013 angekündigt, lassen wir, die BI und die von ihr vertretenen Bürger, die Vorgänge rund um die 1. AöR Sitzung durch die Rechtsaufsicht des Burgenlandkreises prüfen (Brief als Anlage). Es ist, um es bildhaft auszusprechen, ein Schlag ins Gesicht der Bürger der Stadt Weißenfels.

Man ist ja allgemein geneigt an das Gute im Menschen zu glauben und zu einem Vertrauensvorschuss bereit. Bei einem Teil unserer Stadträte und dem Oberbürgermeister ist dies wohl ein vergebliches Bemühen. Das Tricksen und Täuschen geht auch 2013 unverdrossen weiter. Richtig empörend empfinden wir die Ereignisse, die sich im nichtöffentlichen Teil der letzten ZAW - Sitzung abgespielt haben. Auch wenn Details noch nicht bekannt sind, haben sich unsere Vermutungen bestätigt, dass es mit den Vorteilsgewährungen der Industrielobby im Stadtrat weitaus schlimmer bestellt ist als gedacht. Ganz schlimm, dass bei einem ZAW Mitglied mit abweichender Meinung sofort Befangenheit festgestellt wird. Bei einem Firmenvertreter (GF SWW) samt seiner Sekretärin und einer Rechtsanwältin, alles keine gewählten ZAW Mitglieder, ist die Teilnahme am nichtöffentlichen Teil hingegen selbstverständlich.

Bereits im öffentlichen Teil war für uns Bürger zu erkennen, wie massiv diese Personen ihren Einfluss zu Gunsten der Fa. Tönnies auf die ZAW Mitglieder ausübten. Besonders frech und anmaßend die Frage des Herrn Günter (GF SWW) ob jemand im ZAW Geheimnisse im neuen Tönniesvertrag bereits nach außen getragen hat. Es wird auch hier deutlich, dass es dort, wo mit soviel Drohpotential Leute zum Schweigen gebracht werden, es sicher auch was zu verbergen gibt. Man kann dazu nur feststellen, dass in Weißenfels ein niemals für möglich gehaltener Tiefpunkt in Sachen Demokratie erreicht ist. Wo soll dies alles noch hinführen?

Wir, die Bürger und Mitglieder der Bürgerinitiativen, sind mehr denn je aufgefordert, diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Die Aussichten, den Stadtrat in der jetzigen Zusammensetzung zu demokratischen Verhältnissen zurückzuführen, sind sehr gering. Die Hoffnung für die Bürger von Weißenfels und ihren Ortsteilen liegt bei den anstehenden Wahlen: 2013 - Bundestag, 2014 - Kommunalwahl und 2015 - Oberbürgermeisteramt. Diese Termine werden auch zunehmend den Schwerpunkt der Arbeit der Bürgerinitiativen bilden.

Herzliche Grüße

Anlage